Radicalen:

Ein ganz neues Ministerium,

oder:

Wenn ich Minister wäre.

Von

A. Brxmelu,

Ministerpräsident in partibus infidelium.

STADTBIBLIOTHEK

Wien, 1848.

Gedruckt bei Edl. v. Schmidbauer und Holzwarth.

Dem zurückgetretenen

Minister der äußeren Angelegenheiten
und Minister-Präsidenten

Grafen Ficquelmont

freundschaftlichst gewidmet

von

einem Collegen.

Motto:

Verrino: Wenn der Herzog fällt,
Muß auch der Mantel nach.

Schiller's „Fiesko."

Wir haben Blut vergossen, wir haben unser Leben eingesetzt — für die Freiheit. Was haben wir gewonnen? Alles, wenn wir wollen. Nichts, wenn wir nicht energisch wollen. Wir stehen am Vorabende einer neuen Revolution, und diese wird furchtbarer sein als die erste war. Furchtbarer, weil es jetzt nicht mehr einen gemeinschaftlichen Kampf gelten wird sämmtlicher Oesterreicher gegen einen Tyrannen, weil nicht Alles sich erheben wird für die Freiheit. In einer nächsten Revolution werden die verschiedenen, durch die teuflischen Künste der leider nicht vollkommen und nicht überall vertilgten Bureaucratie gewekten und angefachten Sonderinteressen, ihr Haupt gegeneinander erheben wollen, und weil eine zweite Revolution vielmehr ein scheußlicher Bürgerkrieg werden muß, dessen Ende nicht abzusehen.

Zuerst will ich Euch zeigen, daß ohne die schleunigste radicalste Hülfe eine Revolution, oder deutlicher gesprochen, ein Bürgerkrieg unausweichbar, und dann will ich Euch die Mittel angeben, in denen allein wir unser Heil zu suchen haben.

Daß die jetzigen Zustände keineswegs so seien wie sie sein sollten — das darf ich Euch nicht erst sagen, das fühlt Jeder. Die bald hier bald dort ausbrechenden Unruhen, die immerwährende Störung Eures häuslichen Friedens inmitten einer Zeit des Friedens (d. h. wir haben vor der Hand keinen Krieg), sagen Euch das deutlich genug.

Ich will den Grund der jetzigen Zustände angeben, ich will Euch zeigen, wohin sie ohne Abhülfe nothwendigerweise führen müssen, und dann endlich mit meinem Recepte herausrücken.

Die erste Ursache unserer unseligen Verhältnisse müßt ihr in Euch selber suchen. Ihr habt es mit der Revolution gemacht wie die Journalisten mit ihren Zeitungsartikeln; dort, wo sie am interessantesten zu sein pflegen, brechen sie ab, und — „Forsetzung folgt." Ihr habt dem Staate einen hohlen Zahn ausreißen wollen und ihn an der Wurzel abgebrochen. Jetzt müßt ihr die Wurzel herauswühlen. Ihr habt einen

Bureaucraten zum Lande hinausgejagt, die Bureaucratie ist Euch geblieben, Ihr habt einige Personen entfernt, das System ist geblieben.

Unter solchen Verhältnissen ist an Ruhe nicht zu denken. Ihr habt eine verantwortliche Regierung und sie handelt unverantwortlich. Ihr habt Freiheit der Presse und sie ist ganz wirkungslos, denn sie predigt tauben Ohren. Ihr habt eine Nationalgarde, Nationalbewaffnung, sie nützt nicht so viel als sie sollte, weil die Nation nicht zufrieden gestellt ist. Das Ministerium, die Regierung ist schwach, sie ist tactlos, wir haben keine Beweise, daß sie es wenigstens ehrlich mit uns meine.

Sie ist schwach, denn sie läßt sich Maßregeln abdringen. Sie gibt einer Deputation Actenstücke heraus, von deren sofort unabläßig gewordenen Veröffentlichung die größte Aufregung voraussichtlich sein mußte. Wir meinen die Documente über die Liguorianer. War man einmal so weit gegangen, das Einschreiten Einzelner entgegen der öffentlichen Meinung über diesen Gegenstand zu unterstützen, so hätte man wenigstens Kraft genug haben sollen, die Herausgabe der Papiere zu verweigern.

Sie ist schwach, weil sie nach eigensinnigem Ignoriren des Volkswillens, der das Ausscheiden unpopulärer Mitglieder der Regierung verlangt, sich durch Katzenmusiken hierzu zwingen läßt.

Sie ist schwach, weil sie die Assentirung der Studenten ausschreibt, hierdurch die Universität gegen sich aufbringt und nach einer einfachen Protestation wieder absteht von dieser Maßregel.

Sie ist schwach, weil sie sich überhaupt die Anarchie über den Hals wachsen ließ und diese wieder durch Anarchie heilen will.

Die Regierung ist tactlos, weil sie Alles thut, sich unpopulär zu machen, und nichts, sich auch nur Eine Partei zu sichern.

Die Oeffentlichkeit durchweht alle Schichten der Gesellschaft, und sie bezahlt geheime Spione, ohne Geschick genug zu haben, es gehörig geheim zu halten.

Sie coquettirt mit der Constitution in der Hauptstadt, und begünstigt die Uebergriffe der Bureaucatie in den Provinzen, ohne die Kraft zu haben, ihre absolutistischen Tendenzen durchzuführen.

Sie scheint gewissen Einflüssen höherer Natur unterworfen, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen.

Sie bezweckt durch ihr Draconisches Preßgesetz, das der Preßfreiheit Daumschrauben anlegen sollte, ganz das Gegentheil. Sie ruft vollkommene Preßschrankenlosigkeit hervor, ohne sich auch nur ein einziges Organ der freien Presse zur Vertheidigung ihrer Maßregeln sichern zu können.

Sie läßt beliebte Mitglieder aus ihrer Mitte scheiden und die mißliebigen müssen ihr durch die Geburtszange von Katzenmusiken entrissen werden.

Sie unterstützt die Reibungen der verschiedenen Nationalitäten in der Monarchie, ohne auch nur das Geringste zu deren Besänftigung zu thun.

Die Polen werden mißhandelt, und man wundert sich, wenn es in Wien nicht ruhig hergeht. Jeder Pole ist eine Agitation, mag er nun klagen oder nicht. Jeder Slave muß agitiren, denn er, so wenig als die Deutschen, wissen es, wie die Regierung gegen sie gesonnen. Den Czechen läßt man es angehen, wenn sie nicht fürs Deutsche Parlament wählen wollen, und den Deutschböhmen sagt man, sie sollen wählen, ohne sie vor den Uebergriffen der böhmischen Majorität zu sichern.

Den Ungarn gibt der Monarch eine unabhängige Regierung, ein verantwortliches Ministerium, und nun jagt man ihnen die Croaten, Slovaken und Illirier an den Hals, und zwingt sie dadurch ihr Militär aus Oesterreich zurückzurufen zu ihrem eigenen Schutze, auch wenn sie es nicht thun wollten. Hintendrein kömmt die österreichische Presse, klagt über den Undank der Magyaren, sucht die Oesterreicher gegen die Ungarn aufzubringen, damit ja alle Bande gelöst werden, welche die Monarchie noch zusammen halten — damit unserer Dynastie ja keine Verlegenheit erspart werde.

Man schreibt die Wahlen zum deutschen Parlament aus — erklärt aber zuvor offen, daß man sich nicht an Deutschland anschließen wolle. Man will die Monarchie und treibt Deutschland zur Republik, denn ohne Anschluß Oesterreich's an Deutschland muß dieses zur Republik werden, falls es ihm ernst um den Bundesstaat ist. Und der deutsche Michel scheint dießmal durchaus keinen Spaß zu verstehen.

Man führt einen unglückseligen Krieg gegen eine aufgestandene Provinz, und thut doch nichts, sich die Sympathien der Andern zu gewinnen.

Also die Regierung ist schwach, sie ist tactlos, und wir wissen nicht einmal, ob sie ehrlich sei, denn eine ehrliche Regierung muß offen sein. Sie muß sagen, was sie will, damit die Gutgesinnten sie unterstützen können. Man fängt Briefe auf, welche Regierungsbeamte an Rußland schreiben, die ein Einverständniß mit dieser Macht beweisen und die Regierung desavouirt nicht. Dietrichstein besucht den weggejagten Minister Metternich, und die Regierung desavouirt nicht. Die Oesterreicher hatten Einen Trost: sie sind den Metternich los, auch der wird

zu nichte. Metternich hat bloß seine Residenz verändert, er haust für die dießjährige Saison in London, und Oesterreich, d. h. der Repräsentant Oesterreichs, macht ihm seinen Besuch. Als ob Metternich bloß nach England gegangen wäre, weil es dort interessanter ist.

Durch die Unentschiedenheit, Tactlosigkeit der Regierung wird der Friede der Residenz tagtäglich gefährdet. Die Nationalgarde wird fortwährend in Athem gehalten, um gegen ein Gespenst anzukämpfen, welches das „gute Gewissen" des Ministeriums heraufbeschworen. Man schiebt die Schuld dieser Auftritte den Studenten in die Schuhe und will die Bürger gegen diese aufbringen — als verursachten sie das unnöthige Aufgebot der Nationalgarde.

Die edlen Bürger werden sich aber nicht irre führen lassen, und so lange die Regierung nicht ihre Politik ändert, kann sie durch solche Maßregeln ihr Leben höchstens auf einige Tage fristen. Nicht die Studenten, nicht die Bürger, nicht Einzelne tragen Schuld daran, wenn die Regierung in Mißcredit ist; sie mag es sich selbst zuschreiben und ihrer Politik. Befraget die öffentliche Meinung, befraget den Ausdruck derselben: die Presse. Was wird sie Euch antworten? — Daß auch nicht ein einziges Organ, auch nicht eine einzige Stimme die Regierung vertheidigt. Die Presse wird aber nicht von den Studenten geleitet, die Presse ist auch nicht bloß in den Händen der Jugend. Gewiegte, erfahrne und bedächtige Männer führen die Feder, und doch sollte sich Keiner finden, welcher eine gute Regierung zu vertheidigen gesinnt wäre?! Nicht einmal die Wiener Zeitung thut es; denn der amtliche Theil derselben spricht oft am lautesten gegen die Regierung, und der nichtamtliche unterscheidet sich höchstens der Form und der Stärke des Ausdrucks nach von der übrigen Presse.

Oder geht hin in die Kreise der ruhigen, gutmüthigen, edelgesinnten Bürger, und hört, was sie Euch sagen. Ich will es zugeben, daß sie sich gegen die lärmenden Demonstrationen der letzten Tage entschieden aussprechen werden. Das thut jeder Gutgesinnte. Das Verfahren der Regierung jedoch werden sie eben so wenig gutheißen. Sie werden es nicht gutheißen, daß man jetzt noch Spione besoldet aus dem ohnehin so angegriffenen Staatsschatze. Sie werden es nicht gutheißen, daß man den Polen die Bauern an den Hals hetzt; daß man Zanini aus der Regierung austreten läßt, und Ficquelmont um jeden Preis behalten wollte; daß man den Liguorianern Vorschub leistet u. s. w.

Suchet den Sitz des Uebels dort, wo er ist, in Euch und nicht in uns.

Eine constitutionelle Regierung kann sich nur dann halten, wenn sie von einer Partei im Staate unterstützt wird. Ist sie aus einem Parlamente hervorgegangen, dann bildet sich die Partei von selbst, da die Minister bei den Verhandlungen Gelegenheit haben, ihre Grundsätze auszusprechen, und man daher weiß, wie sie regieren werden. Wenn aber die Regierung eine rein ernannte ist, ohne vom Vertrauen der Majorität besonders bezeichnet zu sein, dann muß sie sich eine Partei schaffen durch ihr Programm. Sie muß sagen: Dieß und Jenes will ich thun, Dieß und Jenes will ich unterlassen. Es würden sich dann Viele finden, welche mit den Ansichten der Regierung übereinstimmen, und diese werden ihr helfen sie durchzuführen. Wählt die Regierung eine Politik, welche die Majorität im Staate zu der ihrigen macht, dann wird sie sich auch halten, und der größte Theil der Presse wird ihr zur Seite stehen. Aber eine Regierung, die gar keine Partei für sich hat, als eine Schaar von Beamten, welche sie bezahlt, — die kann sich nicht halten.

Am deutlichsten haben wir dieß an Guizot's Ministerium gesehen, und wohlgemerkt, Guizot übernahm das Portefeuille nicht nach einer Revolution, wo ohnehin der Boden schwankender ist. Guizot wurde zudem durch bedeutende Talente der Presse, durch Metternich, und durch den Respect vor der in Frankreich beispiellosen Dauer seines Regimentes. Und doch fiel er, und mit ihm das Königthum, weil er glaubte, es genüge, die Beamten für sich zu haben.

Wir wollen aber keine Revolution mehr, wir wollen unsere Dynastie gesichert wissen; darum wollen wir aber auch eine starke Regierung. Die unsrige wird aber nur dann stark sein, wenn wir sie unterstützen, **und wir können sie nur dann unterstützen, wenn wir wissen, was sie will.**

Also darum nochmals ein Programm.

Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß unter den gegenwärtigen Conjuncturen die Aufstellung eines Programmes eben keine Kleinigkeit sei. Von der andern Seite aber darf auch nicht übersehen werden, daß die Regierung einen leitenden Gedanken haben müsse, und daß sie es sich unmöglich nachsagen lassen könne, sie hätte keinen Plan, keine leitende Idee. Das hieße ihre Untüchtigkeit selbst gestehen. Wenn also die Regierung doch nicht vor das Gericht der Oeffentlichkeit tritt mit

ihrem Programme, so liegt der Grund nicht im Mangel eines solchen, sondern vielmehr darin, daß man es nicht wagen darf, sich frei und offen zu demselben zu bekennen.

In der That, wenn wir die Politik der constitutionellen Regierung auch nur eines flüchtigen Blickes würdigen, muß es uns klar werden, daß die Regierung vom März noch gar zu viel Gemeinsames habe mit der absoluten Regierung vom Januar. Man gibt nur in so weit nach als man gezwungen ist nachzugeben, eine Politik, welche Metternich's Regierung stürzte und auch der gegenwärtigen all' die Verlegenheiten bereitete, gegen die sie anzukämpfen hat.

Ich will es versuchen, den flüchtigen Umriß eines Programmes zu geben, weil auf diese Weise das Verfahren des jetzigen Ministerium's am besten zu beurtheilen ist, und weil zugleich dargethan wird, wie viel von der Bekanntgebung des ministeriellen Programmes abhänge.

Betrachten wir zunächst die Stellung der Regierung zu den andern österreichischen Ländern. Betrachten wir das Verfahren der Regierung gegenüber von Böhmen, Galizien nnd Ungarn, und es wird sofort klar sein, daß die gereizte Stimmung, welche hier und dort gegen diese Länder in Oesterreich laut wird, lediglich nur der verkehrten Politik unserer Regierung zuzuschreiben sei. Sie hat es nämlich geduldet, daß fremde, über jede Verantwortlichkeit erhabene Einflüsse, ihr das Terrain so schwierig machten, daß es ihr jetzt mit dem besten Willen nicht gelingen kann, festen Fuß zu fassen. Darum wäre der erste Punct meines Programmes Se. Majestät zu ersuchen, gewisse Personen und namentlich die Hofschranzen des alten Regime's aus der Residenz zu verweisen, da ihre Anwesenheit geeignet ist, auch die beste Regierung unpopulär zu machen. Ueberdieß sind wir jetzt im Frühlinge, und der Aufenthalt auf irgend einem Landgute ist eben keine zu harte Strafe.

Auf diese Weise freier Luft schöpfend, würde ich Se. Majestät ferner ersuchen, einen Minister des königl. Hauses zu ernennen, der die rein persönlichen Interessen der Dinastie zu wahren, und nur in Fällen, welche sich auf diese beziehen, entscheidende Stimme hätte. Die persönlichen Interessen des Monarchen dürfen nie mit jenen des Staates ineinander geworfen werden.

Hierauf möchte sich mein Programm mit der Regelung der Provinzialverhältnisse befassen.

Galizien sucht sein Heil in der nationalen Reorganisation seines Landes, ohne daß es sich vor der Hand von Oesterreich losmachen will. Es verlangt einen selbstständigen Reichstag und Abschaffung der tiranischen

Bureaucraten. Diese Forderungen sind billig, sie werden sich früher oder später doch geltend machen, und ich würde ihnen willfahren. Ich würde aber nicht zugeben, daß meine Beamten den Edelleuten die Bauern an den Hals hetzen — ich würde den Edelleuten nicht heute verbieten den Bauern die Robot zu schenken und dieß morgen selber thun. Ich würde nicht unehrlich handeln und von den Polen verlangen, daß sie ja ehrlich seien.

Abgesehen selbst von der Unwürdigkeit einer Behandlung wie sie Galizien erfährt, welchen Vortheil kann sie Oesterreich bringen?

Sie stärkt Rußland, denn entweder verbindet sich dieses mit Oesterreich, um ihm den Besitz des geknechteten Galiziens zu erhalten oder die Polen — einmal zu der Einsicht gelangt, daß von der österreichischen Beamten- bis zur russischen Knutenherrschaft kein allzugroßer Abstand bestehe — schließen sich Rußland an. In beiden Fällen gewinnt Rußland.

Wird aber das slavische Element im polnischen Volke gemißhandelt, dann wird dieses Rache zu nehmen suchen in Böhmen, in Ungarn, in ganz Oesterreich. Wir werden den unerbittlichsten Bürgerkrieg haben. Freilich gewissen Herrn, welche Bänder im Knopfloche haben, die sie um den Hals haben sollten, wäre ein solcher nicht unlieb, weil sich aus Bürgerkriegen ein ganz honetter Absolutismus herauswächst. Darum wiegeln sie auch fortwährend die verschiedenen Nationalitäten der Monarchie gegen einander auf. Doch der Gott der Völker, der Gott der Freiheit sieht ihr Treiben und der Stahl, den sie gegen uns gezückt, wird sie treffen, der Feuerbrand, den sie in unsere friedlichen Hütten zu schleudern wähnten, wird ihr eigen Haus in Asche umwandeln.

Das Sträuben der Czechen, sich Deutschland einverleiben zu lassen, ist auch kein unbilliges. Freilich ist nicht zu verkennen, daß sie durch Aufwiegelungen durch die Tactlosigkeit der Regierung weiter getrieben wurden, als sie selbst gehen wollten.

Ich sagte, ihr Sträuben sich Deutschland einverleiben zu lassen, sei nicht unbillig, denn entweder wird das Land zur Richtschnur gemacht, und dann kann Böhmen mit Recht verlangen, böhmisch zu sein, oder ist die Majorität der Bevölkerung maßgebend, und dann sind wieder die Czechen im Rechte. Und was für Recht hätte Deutschland auf Böhmen (wolgemerkt ich meine die vollkommene Einverleibung Böhmens), etwa den Schutz des deutschen Bundes. Hat der deutsche Bund Böhmen jene Vortheile garantirt, welche die andern Glieder des Bundes genießen? Nein und abermals Nein. Aber auch die Staatsklugheit gebietet hier Nachgiebigkeit. Böhmen mit seiner unabhängigen Regierung, wird eben durch das gebildete deutsche

Element seinen Schwerpunct immer mehr in Deutschland finden. Denn die Zeiten, wo eine Nationalität die andere unterdrückte, sind vorbei. Böhmen trotz seines czechisch redenden Reichstages könnte das deutsche Elemtnt nicht unterdrücken. Schulen und Gericht müssen ohnehin deutsch und böhmisch sein. Da dieß schon im Begriffe der Jury liegt, welches Institut kein freies Land wird vermissen wollen. Zudem würde Böhmen, wenn einmal — und dieß geschieht eben durch eine nationale Regierung — seine Interessen nicht nothgedrungen jenen sämmtlicher Slaven sich anschließen müßte, gern in einen Verband mit Deutschland treten, eben so wenig, als dieß Ungarn unterlassen wird.

Dieser Verband wird freilich ein Anderer sein, als jener, in welcher die deutsch-österreichischen Länder (ob hierher Mähren und Schlesien auch zu zählen seien, dieß mögen diese Länder selber beurtheilen) zu Deutschland treten müssen. Diese würden nämlich ganz in Deutschland aufgehen.

Die deutsch-österreichischen Provinzen träten nämlich ins Verhältniß eines Bundesstaates, während Böhmen und Ungarn in dem Verhältnisse eines Staatenbundes zum deutschen Bundesstaatenstande, in so fern nämlich die einzelnen Länder des österreichischen Kaiserstaates einen Staatenbund untereinander bildeten, einen Staatenbund, der sich um so kräftiger herausstellte, als diese Länder einen gemeinschaftlichen Monarchen haben, was bei den Ländern des deutschen Bundesstaates durchaus nicht der Fall ist.

Galizien käme hier nur wenig oder gar nicht in Betrachtung, weil Polen früher oder später hergestellt werden müßte. Dieser Verband wäre namentlich, Ungarn betreffend, ein fester, da die ungarische und deutsche Bevölkerung Ungarns und somit auch ganz Siebenbürgen nur ein Interesse mit Deutschland haben: das antirussische, das Interesse der Freiheit und Civilisation. Die gegenseitigen Handelsinteressen finden durch den Donaustrom der von seinem Ursprunge bis zu seiner Mündung nur verbündeten Nationen angehören würde (Rußland darf nicht lange mehr im Besitze der Donaumündungen bleiben), ein gemeinsames Verbindungsmittel.

So wäre die internationale Politik zu regeln. Die österreichischen und ungarischen Slaven, so wie ihr Interesse von jenen Polens, durch dessen Herstellung gesondert, werden nicht Ursache haben, und es auch nicht wagen, einen Kampf einzugehen gegen die vereinten magyarischen und deutschen Nationalitäten, und thun sie es, nun gut! Dann mag die

Schlacht der Freiheit und Civilisation gegen den Absolutismus geschlagen werden. Der Sieg ist unzweifelhaft.

Italien betreffend, würde ich zunächst einen Frieden schließen, und es der Lombardie und Venedig überlassen, sich mit Italien zu vereinigen oder unter Oesterreichs Scepter zu verbleiben, so wie Ungarn und Böhmen. Jedoch würde ich die Bedingung stellen, daß die Vereinigung Italiens nicht unter sardinischem Scepter zu Stande kommen dürfe. Zu diesem Behufe wäre ein Vertrag mit England abzuschließen.

Die Staatsschuld müßte durch die Regierungen von Galizien, Italien, Ungarn, Böhmen und Oesterreich garantirt werden, nach dem Verhältnisse, als die einzelnen Länder durch eine österreichische Staatsbanqueroute zu Schaden kämen, und nach dem ferneren Verhältnisse, als die aufgenommenen Summen den einzelnen Ländern zu Gute kamen.

Diese Politik erforderte ferner, daß außer dem gemeinschaftlichen Reichstag für die deutsch-österreichischen Provinzen noch die besonderen für Böhmen und Galizien zusammenberufen würde. Die Letztere müßten aber nicht mehr auf Grundlage der vollkommenen ständischen Verfassung, sondern basirt auf vollkommene Volksvertretung zusammengesetzt sein.

Diese hätten dann die Regelung der inneren Verhältnisse ihrer Länder zu bewerkstelligen, zunächst aber constituirende Versammlungen zu bilden, da die Constitution nach dem Patente vom 15. März durchaus keine octroyirte sein darf. Freilich müßte das Wahlgesetz eine so breite Grundlage haben, daß die Volksvertretung auch eine wirkliche sei, und nicht bloß eine auf dem Papiere, wie viele unserer politischen Errungenschaften.

Zu den vorhandenen Ministerien müßten noch ein Ministerium der Arbeiter und eines des Handels und des Ackerbaues kommen. Wir dürfen es auch keinen Augenblick vergessen, daß die socialen Reformen die wichtigsten und dringendsten seien. Das Proletariat ist bei uns wie überall im Zunehmen und Gott hüte uns, daß zu unseren ohnehin genug verwickelten Verhältnissen noch Proletariatsbewegungen treten. Die Masse, die um Brot kämpft, die schlägt sich noch ganz anderes, als wenn es sich blos um Rechte handelt wie bei unsern Revolutionen.

Ferner müßte augenblicklich eine provisorische Jury organisirt werden, und deren Wirkungskreis vorzüglich auf Preßvergehen ausgedehnt werden. Eines Preßgesetzes bedürfte es vor der Hand nicht, denn einem Volke, daß von der unbeschränktesten Preßfreiheit, ohne irgend einer Strafe gewärtig sein zu müssen, keinerlei Mißbrauch macht,

darf man in dieser Beziehung schon Vertrauen schenken. Zudem ist die Jury wirksamer als jedes Preßgesetz, es dürften nur die betreffenden Paragraphe der Strafgesetze provisorisch abgeändert werden.

Eben so wenig darf zugegeben werden, daß Se. Majestät Beamte ernenne, ohne Gegenfertigung des betreffenden Ministers u. s. w.

So ungefähr würde mein Programm lauten, und es hängt von den Sympathien ab, welche es im Lande gewinnt, ob sich das durch mich zusammengesetzte Ministerium halten würde oder nicht. Denn wohlgemerkt, der Ministerpräsident hat alle übrigen Minister vorzuschlagen, und wenn einer von ihnen den Volkswillen wider sich hat, so ist das eigentlich so viel, als ob das ganze Ministerium unpopulär wäre. Denn der Präsident kann nur solche Männer zu seinen Collegen machen, welche seine Grundsätze theilen. Noch mehr gilt das vom Ministerpräsidenten, und ist dieser einmal abgetreten, muß das ganze Ministerium ihm folgen. Ich hoffe, Ihr werdet mich verstehen. Also, wie bemerkt, wenn mein Programm der Majorität im Staate zusagte, würde auch die Majorität sich in der Presse aussprechen u. s. w. Im widrigen Falle müßte ich mich zurückziehen. Jedenfalls wüßtet Ihr, woran Ihr seid, und eben dadurch, daß die Kritik sich meines Programmes bemächtigte, käme der eigentliche Volkswillen an den Tag. Aber unsere Regierung können wir weder achten, noch mißachten, wir können ihr nicht trauen und könnten ihr auch nicht mißtrauen, wenn die obenangeführte Dreieinigkeit schlechter Eigenschaften uns nicht hierzu berechtigte.

Darum noch einmal, wir verlangen ein Programm.

Ja freilich, wenn man die österreichischen Länder zur Versorgungsanstalt einzelner Mitglieder der Dynastie machen wollte, dann könnte man sein Programm in der That nicht jedem Profanen kundgeben. Dann müßte man freilich die einzelnen Nationalitäten gegen einander in Harnisch bringen, um aus der aus ihren Fugen gerissenen Gesammtmonarchie kleinere und größere Staaten und Stätchen zu schneidern. Zum Beispiele ein nordslavisches Reich für den Prinzen X. und ein südslavisches für den Prinzen Y.

Wir wollen aber eine Politik, welche die Interessen der Völker vertritt, und würden uns stemmen gegen eine solche, welche lediglich nur die Dynastie berücksichtigt, und sogar auf Kosten des Monarchen. Wenn unsere Regierung eine solche Politik zu verfolgen Lust hätte, würde sie vergebens auf den Beistand des Volkes rechnen, sie würde sich verrechnen.

Darum nochmals ein Programm, oder was dasselbe ist, ein ganz neues Ministerium, denn in dem Momente, in welchem die Regierung ein Programm befolgt, das publicirt werden darf, in dem Momente schwört sie unter eine neue Fahne, ist sie ein neues Ministerium.

Also ein neues Programm oder ein neues Ministerium! Ganz nach Belieben.

Wien, am 5. Mai 1848. *)

---

*) Seither hat das Ministerium ein Wahlgesetz versprochen, das ungefähr mit dem von den Studenten verlangten zusammenfällt. Die Frankfurter Wahlen haben allerdings gezeigt, daß auch das freieste Wahlgesetz hier nicht sehr gefährlich sei. Halbe Maßregeln helfen jetzt nicht mehr. Ein Programm, ein Programm, das ist die Parole des Tages.

Sammlung L. A. Frankl

Ra341 1.Ex.
So204